

Politische Debatte zum Service public-Bericht des Bundesrats

Nach dem Ständerat im Frühling hat auch die **Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats** an ihrer Sitzung vom 3. und 4. Juli die **«No-Billag»-Initiative** beraten. Mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung beantragt sie dem Nationalrat, ebenso wie der Ständerat die Initiative der Stimmbevölkerung **zur Ablehnung** zu empfehlen. Mit 15 zu 10 Stimmen hat sie einen direkten Gegenentwurf sowie mit 14 zu 11 Stimmen eine Kommissionsinitiative für einen indirekten Gegenentwurf abgelehnt. Mit dem indirekten Gegenentwurf hätte für die SRG ein Gebäuredach von 1,1 Mia. Franken festgeschrieben werden sollen.¹

Aus Sicht einer Mehrheit der KVF-N ist dank Radio- und Fernsehgebühren ein guter Service public in allen Sprachregionen gewährleistet. Das heutige Gebührensystem sei für das Funktionieren der demokratischen Meinungs- und Willensbildung und für die nationale Kohäsion zentral. Zudem habe der Bundesrat Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit erkannt, weshalb weitere Massnahmen in dieser Stossrichtung nicht erforderlich seien.

Eine Minderheit der KVF-N wird in der Nationalratsdebatte, die voraussichtlich in der kommenden Herbstsession im September stattfinden wird, einen Gegenvorschlag beantragen. Er soll die Gebührenabgabe pro Haushalt auf höchstens 200 Franken festlegen und Unternehmen ganz von ihr befreien.

Ausserdem hat die KVF-N die im April eingereichten Motionen (Infopapier 3 vom März 2017) wieder zurückgezogen. Statt des «Open Content»-Modells soll nun per Motion das «Shared Content»-Modell verfolgt werden, wonach «private Schweizer Medienanbieter ausgestrahlte Beiträge der SRG niederschwellig verwenden dürfen»². Auf die Motion zur Einsparung von SRG-Spartensendern wird verzichtet, weil die Kommission «zum jetzigen Zeitpunkt nicht einzelne Sender abschaffen möchte, sondern es für zielführender hält, im Rahmen einer Gesamtschau und im Hinblick auf die neue SRG-Konzession die Anzahl Sender, die zur Erfüllung des Service public-Auftrags nötig sind, zu überprüfen». Dazu hat sie ein Kommissionspostulat eingereicht.

Kontakt zu Bevölkerung und zu den kantonalen Parteispitzen

Die SRG AG SO hat im Juni die Parteipräsidien und die Parteisekretariate der Parteien in den Kantonen Aargau und Solothurn zum Austausch eingeladen. Auf diesem Weg wollten die Verantwortlichen des Regionaljournals Aargau Solothurn zum einen ihre Arbeit veranschaulichen. Zum anderen wollten sie aufzeigen, wie die Parteispitzen ihre Entscheidungen und Positionen – gerade im parlamentarischen Prozess – direkt der «Regi»-Redaktion zukommen lassen können. Die Zusammenarbeit zwischen Parteien und Redaktion soll so weiter verbessert werden.

Mit Ständen an den Wochenmärkten in verschiedenen Orten der Region sucht die SRG AG SO den direkten Kontakt zur Bevölkerung. Im direkten Gespräch soll die Diskussion über Auftrag und Nutzen des medialen Service public geführt werden. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die breite Bevölkerung dem Thema offen gegenübersteht, aber noch wenige Fakten kennt.

¹ <https://www.parlament.ch/press-releases/Pages/mm-kvf-n-2017-07-04.aspx>

² <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20173627>

Mehr zum Thema: <https://www.bakom.admin.ch/bakom/de/home/das-bakom/organisation/rechtliche-grundlagen/bundesratsgeschaefte/bundesratsbericht-zum-service-public-im-medienbereich.html>